

Der Europagedanke

von Bettina Raddatz

Im Bewusstsein vieler Menschen ist der Europagedanke noch nicht verankert. Die Vorteile der Europäischen Union (EU), wie die Reise- und Niederlassungsfreiheit, Rechtstaatlichkeit und Demokratie werden zwar geschätzt, und immerhin 64 % der Deutschen halten die Mitgliedschaft in der EU für eine gute Sache. Frieden im eigenen Land ist zur Selbstverständlichkeit geworden. Dennoch ist die Beteiligung an den Europawahlen kontinuierlich gesunken. Die Gründe hierfür sind vielfältig: Sinkendes Politikinteresse, Informationsdefizite über die EU und ihre Institutionen, das Gefühl, die eigene Stimme zählt in Brüssel nicht viel und sinkendes Vertrauen in politische Institutionen.

Auf der anderen Seite genießt das Europäische Parlament unter den Institutionen der EU die höchste Zustimmung und es entspricht dem Mehrheitswillen der Unionsbürgerinnen und -bürger, dass die Rechte der größten internationalen Volksvertretung der Welt stetig erweitert wurden. Es ist deshalb ein gemeinsames Anliegen des Niedersächsischen Landtages und der Landesregierung, das Interesse der Bürgerinnen und Bürger an Europa und den Europawahlen zu stärken. Im Zeitalter der Informationsüberflutung ist dies kein leichtes Unterfangen und bedarf vielfältiger Bemühungen auf Ebene des Landes, der Landkreise und Kommunen.

Mit dem Europäischen Informations-Zentrum (EIZ) Niedersachsen, den vier Europa-büros bei den regionalen Regierungsvertretungen und vier weiteren Europe direct Informationsstellen stehen landesweit neun kompetente Anlaufstellen und Internet-portale in Europafragen zur Verfügung. Mit einem breit gefächerten Angebot an Veranstaltungen, Workshops, Internetangeboten, Medienpartnerschaften und einem speziell auf Schülerinnen und Schülern abgestimmten Informationsangebot versuchen Landtag und Landesregierung, die Bürgerinnen und Bürger im Land Niedersachsen in Europathemen fit zu machen. Denn nur wer die Chancen kennt, die Europa bietet, kann sie auch nutzen.

Im Vorfeld der Europawahlen wird das EIZ in Zusammenarbeit mit den fünf Landtagsfraktionen landesweit regionale Bürgerforen, einen Seniorenkongress und Informationsstände durchführen. Weitere Diskussionsveranstaltungen mit Kreisverbänden der Europa Union, der Region Hannover, der Landeshauptstadt und anderen Kommunen sind ebenso geplant wie ein Handwerkerkongress und Veranstaltungen zu unterschiedlichen Themen wie Blue Card, Klima und Meer oder Frauen. Diese Maßnahmen ergänzen die Aktivitäten auf Ebene der EU und des Bundes, die mit Fernsehspots, Plakataktionen und Broschüren die deutsche Bevölkerung ermuntern wollen, sich an den Europawahlen zu beteiligen. Die EU bestimmt unser Leben in vielfältiger Weise, so im Bereich Verbraucherschutz, Klimaschutz und innere und äußere Sicherheit. Jeder Wahlberechtigte sollte deshalb



Bettina Raddatz mit dem Europapferd des Landes „Eurogaloppo“

die Gelegenheit nutzen, die Entscheidungen in der EU demokratisch mitzugestalten.

Niedersachsen wählt Europa!

Bettina Raddatz

ist Leiterin des Europäischen Informations-Zentrums Niedersachsen.

Das soziale Europa

von Bernd Lange

Wieder Kurs auf das soziale Europa nehmen

Heute wird die EU von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern häufig wenig wegen der vorherrschenden Politik als das eigene Projekt verstanden. Die vier jüngsten, in der Tat auch empörenden EuGH-Urteile (Fälle Viking, Laval, Rüffert gegen das niedersächsische Tariftrugesetz, Luxemburg), die Angriffe auf das VW-Gesetz, die Untätigkeit, rechtzeitig den Finanzmarkt mit Hedge- und Private Equity Fonds zu regulieren und einige jüngere Gesetzesentwürfe, z.B. der Dienstleistungsrichtlinie, tun ein Übriges. Trotz aller verständlicher Aufregung gilt es aber nüchtern Bilanz zu ziehen. In einem Binnenmarkt

und in einer Währungsunion mit europäisch handelnden Unternehmen kann auch nur eine Europäisierung der arbeitnehmerorientierten Politik zielführend sein, um der wirtschaftlichen Entwicklung wieder Zügel anzulegen. Die Sinnhaftigkeit der Europäischen Integration steht angesichts der globalen ökonomischen und sozialen Krise außer Frage. Durch die EU kann der Globalisierungsprozess gestaltet und die transnationale Unübersichtlichkeit eingeschränkt werden.

Europäisches Sozialmodell

Innerhalb der EU gibt es nach wie vor ein hohes Niveau an Sozialstaatlichkeit - sowohl in den Mitgliedsländern als auch durch EU-Gesetzgebungen. Jacques Delors hat Anfang der 90er Jahre den Begriff des Europäischen Sozialmodells populär gemacht, zunächst als politisch-normativen Gegenentwurf zum Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell der USA. In den 90er Jahren entstanden dann aber auch viele EU-Sozialgesetzgebungen. Diese Gesetzgebungen setzen Standards - in der Regel Mindeststandards - für die gesamte EU, z.B. in der Arbeitsschutzrahmengesetzgebung, bei der Bildschirmrichtlinie, beim Tragen schwerer Lasten, beim Lärmschutz, bei den Richtlinien zum Mutterschutz, zur Arbeitszeit, zum Jugendarbeitsschutz, zum Elternurlaub, zur Teilzeitarbeit, der Entsenderichtlinie, beim gleichen Lohn für gleiche Arbeit, bei der Richtlinie gegen Diskriminierung, in der Gesetzgebung zu den Eurobetriebsräten, bei der Informations- und Konsultations-Richtlinie und bei den Vorschriften für die Europäische Aktiengesellschaft. Dem gleichen Ziel dienen die Europäische Strukturpolitik, der Soziale Dialog, das Beschäftigungskapitel im EU-Vertrag. Insofern hat sich auch real ein europäisches Sozialmodell entwickelt. Es ist nicht nur der Traum von Europa-Optimisten.

Marktradikale Schlagseite

Aber zweifelsohne ist in den letzten Jahren eine marktradikale Kursänderung in der Politik in der EU zu verzeichnen, die zu einer deutlichen Schlagseite geführt hat. Das Credo dieses Kurses ist, nicht mehr gemeinsame Standards und Handlungsoptionen weiter zu entwickeln, sondern den Wettbewerb zum allein gültigen Prinzip zu erheben, zu deregulieren und die vier Binnenmarktfreiheiten in Reinkultur durchzusetzen. Lohn- und Sozialdumping, Druck auf die sozialen Sicherungssysteme und kollektive Schutzmechanismen werden bewusst in Kauf genommen. Dieser heute vorherrschende Mainstream ist politisch begründet und ergibt sich nicht zwangsläufig aus der EU oder den EU-Verträgen und darf somit nicht als Versagen der EU missverstanden werden. Diejenigen, die immer den Abbau von staatlichen Regulierungen und Leistungen gefordert haben, erleben in den letzten Monaten einen Scherbenhaufen. Die marktradikalen Kräfte sind grandios gescheitert. Diese EU wird leider schlecht regiert.

Kurs setzen

Die europäische Einigung ist eine faszinierende und tragfähige Entwicklung, für die man gerade heute in dieser Krisensituation streiten muss. Wir brauchen aber einen klaren Stopp der Abwärtsspirale bei den sozialen Rechten und Löhnen. Gewerkschaften treten daher aktiv für eine veränderte Politik, für eine gestaltende und regulierende Politik in der EU ein. Der Kurs in der EU muss neu bestimmt werden und die EU wieder in das richtige Fahrwasser eines sozialen Europas gebracht werden. Das Europäische Parlament muss in der nächsten Legislaturperiode 2009 - 2014 wesentliche Impulse dafür setzen, dazu gehören u.a.:

- Der Vertrag von Lissabon bringt deutlich Fortschritte (u.a. Zielsetzungen der EU, Grundrechtecharta, Querschnittsklausel Artikel 9 zum sozialen Schutz, Stärkung des Europäischen Parlaments) gegenüber dem Ist-Zustand des Vertrages von Nizza. Die Ratifizierung des Lissabon-Vertrages muss durchgesetzt, aber dann auch eine weitere Vertragsrevision vorbereitet werden, so dass den sozialen Grundrechten vor den Marktfreiheiten in einer sozialen Fortschrittsklausel Vorrang eingeräumt wird.



Bernd Lange

- Eine überarbeitete EU-Entsenderichtlinie muss eindeutig das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ klarstellen. Für entsandte ArbeitnehmerInnen zur Erbringung von Dienstleistungen müssen die Vorschriften des Gastlandes im Hinblick auf Löhne und Arbeitsbedingungen wie bei ihren direkten ArbeitskollegenInnen gelten.
- In unserem Interesse ist, dass der Steuerwettbewerb nach unten durchbrochen wird. Wir brauchen abgestimmte Körperschaftssteuern in der EU mit Mindestsätzen und angeglichenen Bemessungsgrundlagen. Und wir brauchen eine europäische Finanztransaktionssteuer, um Spekulationen einzugrenzen.
- Wir brauchen auch mehr soziale Mindeststandards und Sicherheitsnetze. Dies fängt bei Mindestlöhnen an, geht über der Gleichstellung von LeiharbeiterInnen mit dem Stammpersonal bis zur Revision der Arbeitszeitrichtlinie - ohne Arbeitszeitverlängerung, ohne opting out und mit klaren Regeln zur kollektiven Interessensvertretung.
- Die Weiterentwicklung des europäischen Gesellschaftsrechtes muss klare Leitungs-, Kontroll- und Aufsichtsregeln beinhalten, die nicht den Interessen kurzfristiger Börsengewinne entsprechen, sondern auf eine solide unternehmerische Perspektive ausgerichtet sind. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen adäquat bei den Entscheidungs- und Kontrollstrukturen beteiligt werden. Dazu gehört auch eine Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung.
- Das VW-Gesetz ist ein besonderes Modell für die Beteiligung der ArbeitnehmerInnen und zur Sicherung von Standorten. Der Erhalt des VW-Gesetzes ist sicherzustellen.
- Die Europäische Union muss und kann eine Vorreiterrolle bei der Aufsicht, Kontrolle und Transparenz des Finanzmarktes spielen. Transparente Bilanzierung, umfassende und einheitliche europaweite Aufsicht, Verbot von Leerverkäufen, Finanz-TÜV für neue Finanzprodukte, Geschäfte nur mit Risikoteilung, stärkere Eigenkapitalhinterlegung bei risikoreichen Bankgeschäften und Kontrolle der Ratingagenturen sind nur einige Stichworte der dringend notwendigen Neuaufstellung der Finanzarchitektur. Hedge- und Private-Equity-Fonds brauchen zudem eine starke Aufsicht und Kontrolle, nicht jede wackelige kreditfinanzierte Firmenübernahme darf möglich gemacht werden.
- Im Bereich der Daseinsvorsorge muss die einseitige Orientierung auf Liberalisierung und wirtschaftlichen Interessen von privaten Anbietern zurückgedrängt werden; wir brauchen eine Gesetzgebung, die die Daseinsvorsorge schützt, Rechtssicherheit schafft, die kommunale Selbstverantwortung stärkt und die Einbindung der Sozialpartner in diesem Bereich sicherstellt. Sparkassen, Wasserversorgung, Stadtwerke, ÖPNV und Co gehören in öffentliche Verantwortung.
- Überfällig sind zudem europäische Mindeststandards zum Arbeitnehmer-Datenschutz.

Wählen gehen

Dem Europäischen Parlament kommt hier eine wichtige Rolle zu – mit ParlamentarierInnen, die sich für die Rechte der ArbeitnehmerInnen und für das soziale Europa einsetzen. Das Europäische Parlament hat in der Vergangenheit oft die Funktion des sozialen Gewissens in Europa wahrgenommen. Ohne ein starkes Europäisches Parlament kann die notwendige Neuorientierung der EU-Politik auf ein sozialeres Europa nicht durchgesetzt werden. Ökonomischer und sozialer Fortschritt in Europa müssen aber wieder in Einklang gebracht werden. Dafür lohnt es sich, am 7. Juni 2009 wählen zu gehen.

Bernd Lange

ist Abteilungsleiter „Wirtschaft, Umwelt und Europa“ beim DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen/Anhalt.

Das soziale Europa

von Dr. Volker Müller

Im Juni 2009 finden die Wahlen zum Europaparlament statt.

Angesichts der bereits spürbaren Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise rückt diese Wahl jedoch in den Hintergrund des Bewusstseins, vielmehr stellt sich für die Bürgerinnen und Bürger wieder verstärkt die Frage der sozialen Sicherheit.

Zwar leben die Unionsbürgerinnen und -bürger in Staaten, die sich um die sozialen Belange ihrer Einwohnerinnen und Einwohner kümmern, aber zwischen den 27 Mitgliedsstaaten, vor allem zwischen Ost und West, bestehen zum Teil erhebliche Unterschiede in der sozialen Absicherung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und im Ruhestand. Trotz aller Unterschiede können wir uns aber auch auf ein Europäisches Sozialmodell berufen, das sich auf gemeinsame Werte wie Chancengleichheit, Solidarität, sozialen Zusammenhalt und Grundfreiheiten stützt. Diese gemeinsamen Werte wirken wie eine große Klammer, die verhindert, dass die Kluft zwischen Arm und Reich unverhältnismäßig groß wird.

Bereits in den Anfängen der Gemeinschaft im Jahre 1957 wurde der Europäische Sozialfonds eingerichtet und ist auch heute noch das wichtigste Finanzinstrument der Europäischen Union zur Investition in den Menschen. Der Europäische Sozialfonds unterstützt in den Mitgliedsstaaten vor allem Maßnahmen beruflicher Fort- und Weiterbildung und sozialer Eingliederung mit jährlich rund 11 Milliarden Euro. Die Entwicklung der sozialen Dimension wurde seitdem kontinuierlich ausgebaut.

Dennoch dürfen wir nicht vergessen: Die europäische Wachstumspolitik muss konsequent in den Dienst von Wachstum und Beschäftigung gestellt werden, denn nur mit einer dynamischen Wirtschaft kann Europa auch